

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 8

Artikel: Normalisierung im Chaos? : Uruguay bleibt anfällig
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095295>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unordentlich herumliegende Zeitungen und Zeitschriften

im Wartezimmer, Restaurant, Coiffeursalon oder auch zu Hause sind kein schöner Anblick – sie werden dann meistens weggeworfen. Aber Vater wollte doch noch die Humorseite... wie ärgerlich. Dem kann abgeholfen werden, wenigstens was «ZeitBild» betrifft: Für unsere Abonnenten haben wir eine attraktive Lesemappe geschaffen, die Platz für fünf Nummern bietet und zusätzlich eine praktische Aufhängevorrichtung besitzt. Reservieren Sie sich rechtzeitig Ihr Exemplar zum Selbstkostenpreis von Fr. 10.–. Die Bestellungen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs ausgeführt.

Bestellcoupon

Ich/wir bestelle(n)

— Expl. der attraktiven «ZeitBild»-Lesemappe zum Selbstkostenpreis von Fr. 10.–.

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ _____

Ort _____

Bitte ausschneiden und einsenden an das

SOI 3000 Bern 6

Uruguay bleibt anfällig

Normalisierung im Chaos?

Von Alphonse Max

In Uruguay herrscht Ausnahmezustand. Er zeigt an, dass das Land durch Wahlen und Einsetzung einer neuen Regierung keineswegs saniert wurde.

Die neue Regierung in Uruguay, die ihr Amt am 1. März angetreten hat, steht vor ersten Problemen, denen Präsident Bordaberrys Kabinett kaum gewachsen zu sein scheint. Die Zeiten sind vorbei, da sich Politiker und Nicht-Politiker um die Ministerposten rissen; heutzutage bringt ein solcher Posten häufig Prestigeverluste ein. Es ist daher kein Wunder, dass im besten Falle mittelmässige Männer die Regierung bilden.

Im Parlament hat die Regierungspartei keine absolute Mehrheit, und die oppositionelle Blanco-Partei hat es abgelehnt, eine Koalition zu bilden. Ein Teil der vom vorigen Präsidenten eingeführten «Sicherheitsmassnahmen» wurde bereits vom Parlament aufgehoben (die Blanco-Partei hat zusammen mit der kommunistischen «Breiten Front» 16 Sitze im Senat und 58 in der Abgeordnetenkammer gegenüber 14 beziehungsweise 41 Sitzen der regierenden Colorado-Partei), woraufhin prompt eine Streikwelle ausbrach, deren Ende nicht abzusehen ist, unter anderem auch wegen der Abwertung des uruguayischen Pesos und der Inflation, die eine bedeutende Teuerung mit sich bringt.

Die Wirtschaftslage ist so chaotisch und gibt so wenig Anlass zu optimistischen Prognosen, dass die USA beschlossen haben, in Uruguay (ebenso in Argentinien, Peru und Chile) vorläufig keine neuen Investitionen zu tätigen.

Ein Gesetz zur Verteidigung der Staatssicherheit, dessen Annahme die Exekutive als Gegengewicht für die Aufhebung der Sicherheitsmassnahmen vom Parlament gefordert hatte, ist das Thema des Tages, sowohl im Parlament als auch innerhalb der politischen Parteien. Der Gesetzentwurf verfolgt das Ziel, der Regierung ein wirksames Instrument zur Bekämpfung der Subversion und des Terrorismus zu übertragen. Auch soll es der ständig fortschreitenden Infiltrierung, Politisierung, geistigen und moralischen Zerstörung des Erziehungswesens (vom Kindergarten bis zur Universität) Einhalt gebieten. Wird dieses Gesetz nicht, oder nur in sehr gemilderter Form angenommen, so wird die Regierung keine andere Alternative haben, als die Sondermassnahmen, die bisher noch in Kraft sind, weiter aufrechtzuerhalten oder sie, falls das Parlament sie abschafft, neu einzuführen.

Seit Anfang dieses Jahres wurden von den kombinierten Polizei- und Streitkräften fast 100 Tupamaros (darunter mehrere der 106, die im September vorigen Jahres aus dem Montevideaner Gefängnis entwichen waren; einer von ihnen hatte sich in Buenos Aires einer Gesichtsoperation unterzogen, um sich unkenntlich zu machen), verhaftet und mit genügend Beweismaterial der Justiz übergeben, so dass sie überführt werden konnten.

Das Innenministerium hat bekanntgegeben, dass es jetzt mindestens sechs verschiedene Stadtguerilla-Bewegungen gibt, wogegen bisher ausser den Tupamaros nur zwei andere Organisationen bekannt waren. Dies spricht einerseits dafür, dass das Tupamaro-Beispiel Schule macht, andererseits auch dafür, dass sich die Tupamaro-Organisation zersplittert. Es war schon lange bekannt, dass unter den uruguayischen Guerilleros eine bedeutende Uneinigkeit herrschte, vor allem zwischen den 1970 zu Gefängnisstrafen verurteilten Führern wie Raul Sendic, die die Organisation vom Gefängnis aus leiten wollten, und den unerkannt oder im Untergrund lebenden Tupamaros. Nachdem im September 1971 ein grosser Teil der verurteilten Terroristen aus dem Montevideaner Gefängnis geflüchtet war, hatte sich der interne Zwist verstärkt und die Bildung von Gruppen wie die «Roten Zellen», die «Revolutionäre Arbeiterfront» usw. zur Folge gehabt.

Das Abbröckeln verschiedener kleinerer Gruppen von der Tupamaro-Bewegung, die nicht mehr einer zentralen Führung untersteht, ist unter anderem sowohl Ursache als auch Ergebnis der Aufnahme von Gemeinverbrechern. Dass sich die Grenzen zwischen Tupamaros und gewöhnlichen Delinquenten langsam verwischt, ist daraus ersichtlich, dass (1) die Tupamaros und deren Sympathisanten wiederholt Kriminelle verteidigt haben, indem sie sie «Opfer der kapitalistischen Gesellschaft» usw. nannten; (2) sie gewöhnliche Verbrecher als Muechelmörder und sonstige Handlanger «engagieren»; (3) die Tupamaros Gemeinverbrechern zur Gefängnisflucht verhelfen und ihnen danach Geld, Kleidung und Unterschlupf zur Verfügung stellen; (4) Gemeinverbrecher der Tupamaro-Organisation schlechthin als Mitglieder beitreten. Nun ist es soweit, dass sich gewöhnliche Verbrecher für Tupamaros ausgeben, um ihrer Strafe zu entgehen, oder um Aufsehen, eventuell auch Sympathie in der Öffentlichkeit zu erwecken. In Montevideo überfielen beispielsweise vier Männer ein Geschäft, erklärten, sie seien Tupamaros und beabsichtigten, «Steuern für das Volk» in der Höhe von 3 Mio. Pesos (zirka 4000 Dollar) zu erheben. Allerdings misslang der Plan, und zwei der Pseudo-Tupamaros wurden festgenommen.

osteuropa

Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens

Gegründet 1925 in Berlin von Professor Dr. Otto Hoetzsch. Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde. Redigiert von Professor Dr. Klaus Mehnert.

Seit 1969 mit OSTEUROPA-Archiv.

OSTEUROPA ist mit über 1800 Seiten pro Jahrgang die umfang- und materialreichste unter den vergleichbaren Zeitschriften der Welt.

OSTEUROPA behandelt alle Fragen der kommunistischen Welt, vorwiegend der Sowjetunion und osteuropäischer Länder, aber auch anderer kommunistisch regierter Staaten sowie des Weltkommunismus insgesamt.

OSTEUROPA analysiert, informiert und dokumentiert.

OSTEUROPA brachte vor kurzem unter anderem Beiträge von

Oskar Anweiler (über die «Ostpädagogik»)

Werner Gumpel (über Integration und Integrationskriterien im RGW)

Peter Hübner (über die Zensur in der Sowjetunion)

Harald Laeuen (über Moczars Entmachtung)

Alvin Z. Rubinstein (über die sowjetische Politik gegenüber den Entwicklungsländern)

A. L. Unger (über die mündliche Information in der UdSSR)

Andreas von Weiss (über Moskau und die Neue Linke)

17 bekannten Autoren über die Sowjetunion 1971 (im August/September-Doppelheft 1971, 272 Seiten)

OSTEUROPA brachte soeben (im Februar-Heft) Beiträge von

Robert Stupperich, Eugen Voss, Baymirza Hayit, Karl Hartmann und Gerhard Simon über die Probleme von Kirche – Religion – Staat

OSTEUROPA bringt in Kürze unter anderem Aufsätze von

Arnold Buchholz (über die wissenschaftlich-technische Revolution und den Wettbewerb der Systeme)

Dieter Burrack (über die Sowjetunion und die Militärregime Schwarzafrikas)

Frank Golczewski (über die jüdische Autonome Provinz in Sowjet-Fernost)

Aloys Hastrich (über die Rechtsanwaltschaft in der UdSSR)

Wolfgang Kasack (über neue Wege der sowjetischen Wissenschaftsplanung)

Gotthold Rhode (über den Warschauer Parteitag)

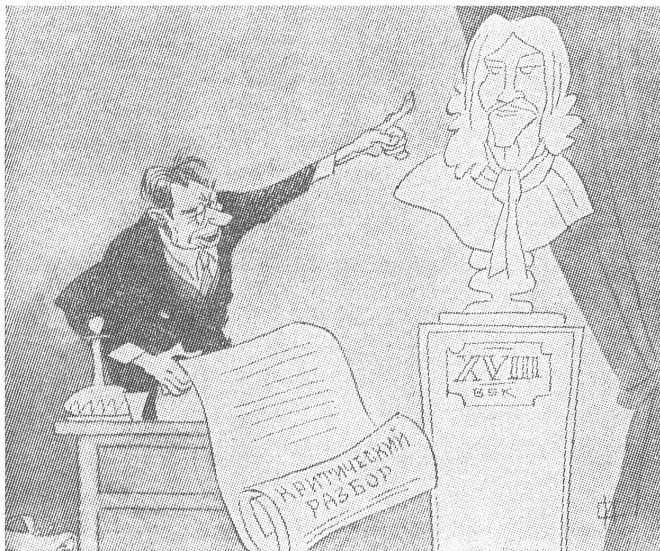
Walter Schilling (über die Sowjetpolitik im Nahen Osten)

OSTEUROPA erscheint monatlich. Jahresabonnement DM 48.—, \$13.10, sFr. 58.60, zuzüglich Porto; für Studenten, Schulen und ähnliche Institutionen im Abonnement jährlich DM 32.— zuzüglich Porto. Bestellung durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag.

Probehefte kostenlos bei der

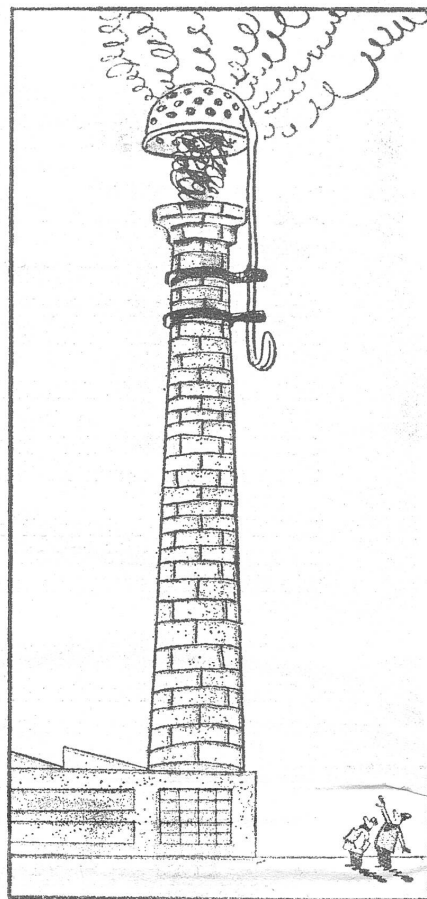


Deutschen Verlags-Anstalt, 7 Stuttgart 1
Postfach 209



Ohne Ansehen der Person («Kritische Analyse» steht auf dem Manuskript): «Ueber Ihr Werk werde ich mich offen und entschieden äussern, direkt ins Gesicht.» (Nr. 8, März 1972)

«Krokodil», Moskau

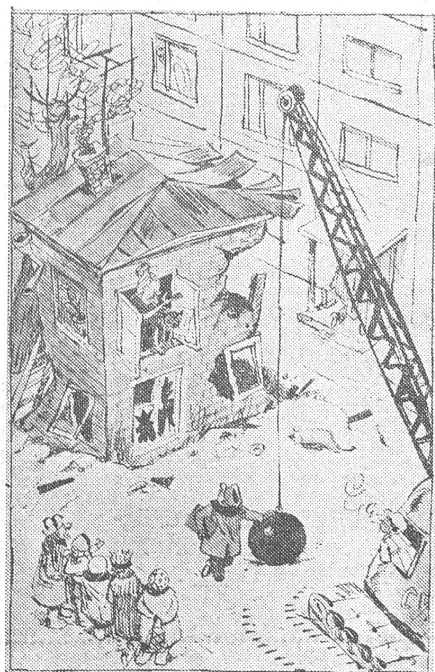


Thema Umweltschutz (das man mit Verspätung auf den Westen angegangen hat, obwohl es in der UdSSR ebenso dringlich ist wie hier): «Und diesen Filter haben wir, um unser Gewissen reinzuhalten.» (Nr. 5, Februar 1972)

So kritisiere alles,
nur nicht
die Ordnung
und die Ordner



«Warum arbeitet der Iwanow denn nicht?» – «Wir haben doch jetzt die Woche ‚Kampf dem Ausschuss‘, also ...» (Nr. 5, Februar 1972)



«Aber Mütterchen! Schon wieder in deinem Häuschen?» – «Aber im Neubau kann ich einfach nicht leben. Ich bin nun einmal an Heizung und fließendes Wasser gewöhnt.» (Nr. 6, Februar 1972)

Natürlich sind diese Errungenschaften im Neubau vorgesehen. Sie funktionieren bloss nicht. Darüber wird in der Presse denn auch permanent Klage geführt.



Der Milchverkäufer: «Warum ich nicht voll einschenke? Weil ich die Milch nicht gepanscht habe, deshalb!» (Nr. 5, Februar 1972)

Beim Strassenverkauf von Getränken, insbesondere auch beim Kiosk-Ausschank von Bier, kann man durch Wässern einen erheblichen Mehrumsatz erzielen, der sich der Abrechnung entzieht und als Reingewinn beim Verkäufer bleibt. Das ist der Grund für die komische Tatsache, dass der Posten eines Kioskverkäufers meist nur über Vitamin B erklimmbar ist.